



NEWSLETTER BERLIN



ULRICH KELBER BONNS BUNDESTAGSABGEORDNETER

Ausgabe 16/2003 69. gesamt

26.09.2003

Reformfalle oder Reformchance?

Nur noch 28% würden am nächsten Sonntag bei einer Bundestagswahl die SPD wählen, hat das Meinungsforschungsinstitut FORSA ermittelt. Bei den anderen Instituten liegen die Zahlen kaum höher. Inhalt und Umsetzung der geplanten Reformen bedrohen die Wählerbasis der Sozialdemokratie. Ist Gerhard Schröder in eine Reformfalle gegangen?

Viele Wählerinnen und Wähler empfinden den Kurswechsel der SPD als einen Mangel an Ehrlichkeit. Zu lange, eigentlich bis Ende 2002, hatte die SPD die politischen Lebenslügen der Bundesrepublik mitgetragen, als diese finanziell längst nicht mehr tragbar waren. Deutschland hatte sich mit seinen sozialen Versprechen übernommen und muss diese jetzt zurücknehmen oder in ihrer Bedeutung abändern. Das trifft kurzfristig genau einen Teil des klassi-

schen Klientels der SPD. Wer in Gefahr ist, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, empfindet die Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld eben als persönliche Bedrohung.

In Neuseeland, Skandinavien und in den Niederlanden haben sozialdemokratische Regierungen in den neunziger Jahren mit Reformen am Arbeitsmarkt und im Sozialbereich schwere wirtschaftliche Krisen überwunden. Heute stehen diese Länder besser da als Deutschland. Auch dort waren die Reformen umstritten, aber bei weitem nicht so heftig wie bei uns.

Der Grund liegt daran, dass den Menschen in diesen Ländern deutlich gemacht werden konnte, dass sie langfristig von den Reformen profitieren würden. Dass es gut für sie wäre, wenn Geld für Bildung, Betreuung, Qualifikation und Vermittlung

ausgegeben werden könnte statt für Sozialtransfers. Dass sie das eine aufgeben müssen, um etwas anderes zu bekommen. Dass die Opfer einen Sinn haben werden.

Genau diese Perspektive muss die SPD mit ihren Reformen verbinden. Eine Rückkehr auf den Lafontaine-Kurs, auf die Bewahrung von Besitzständen hätte keine nachhaltige Chance bei den Wählern. Die SPD ist zu Reformen verpflichtet. Darin liegt aber auch die Chance.



Themen in dieser Ausgabe:

- Reformfalle?
- Kurz-Info Maut
- Europäischer Bildungsgipfel

Da beißt die Maut keinen Faden ab. - Schluss mit dem Katz-und-Maut-Spiel!

(Der Grünen-Abgeordnete Albert Schmidt in der Aktuellen Stunde des Bundestages zum Thema Maut.)

Weiterer Ablauf

Die Unternehmen des Betreiberkonsortiums haben sich verpflichtet, alle offenen Fragen bis zum Wochenende zu klären. Die Ergebnisse werden den Fachleuten am 29. und 30. September vorgestellt. Anschließend wird festgelegt, wie der Probetrieb gestartet werden kann. Ob der Start des neuen Maut-Systems wie geplant am 2. November erfolgt, hängt davon ab, ob das System verlässlich läuft.

Europäischer Bildungsgipfel

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt Ergebnisse der Europäischen Bildungsministerkonferenz

Mit einem Entschließungsantrag haben die Koalitionsfraktionen die Erklärung der Ministerin flankiert, die Erfolge der Bundesregierung bei der Internationalisierung der deutschen Hochschulen gewürdigt und zu weiteren Anstrengungen aufgefordert. Die Bildungsministerkonferenz am 18. und 19. September in Berlin stand im Zusammenhang des "Bologna-Prozesses". Der 1999 von 29 europäischen Staaten auf den Weg gebrachte sogenannte Bologna-Prozess, hat das Ziel, bis zum Jahr 2010 einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Er ist durch den Berliner Bildungsgipfel entscheidend weiterentwickelt und konkretisiert worden.

Bachelor und Master kommen

Besonders hervorgehoben wurde in der Debatte,

dass sich die Teilnehmerstaaten auf konkrete Zeitziele und Rahmenvorgaben für die Einführung von Bachelor und Master als Regelstudiengänge, für die Entwicklung von Qualitätssicherungssystemen und für konkrete Maßnahmen zur besseren Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen verständigen konnten.

Hochschule in der Gesellschaft

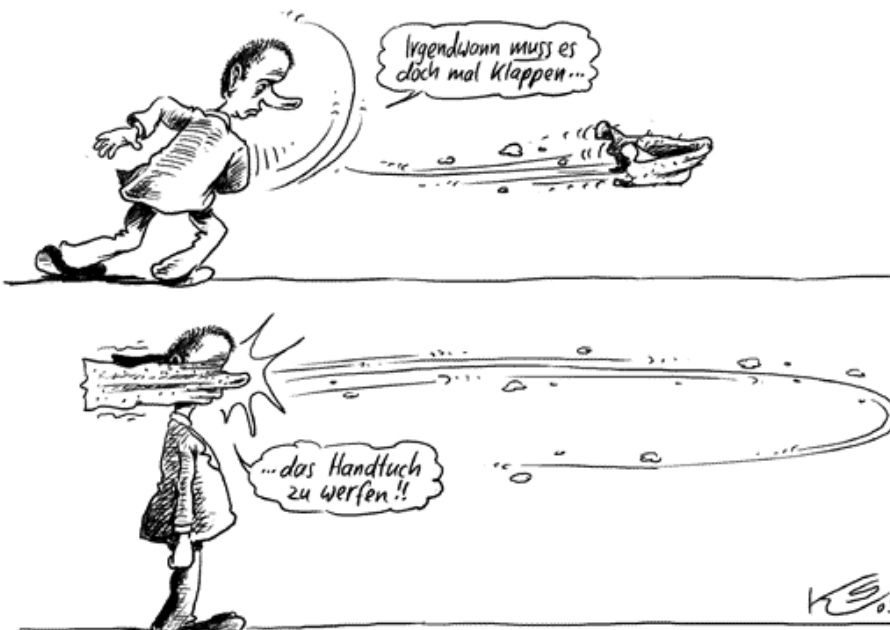
Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt außerdem, dass die gesellschaftspolitische Dimension des künftigen europäischen Hochschulraumes in der Abschlusserklärung des Berliner Gipfels eine deutliche Stärkung erfahren hat. Mit der Aufnahme sieben neuer Teilnehmerländer hat sich die Zahl der Bologna-Staaten auf 40 erhöht. Die Vision eines europäischen Hoch-

schulraumes, in dem Studierende und Lehrende sich über nationale Grenzen hinweg frei und mit größtmöglichen Chancen auf Anerkennung ihrer Leistungen bewegen können, hat insgesamt sehr viel deutlichere Konturen bekommen.

Den Worten Taten folgen lassen

In ihrem Antrag fordern die Koalitionsfraktionen, den Worten Taten folgen zu lassen - auf europäischer, vor allem aber auch auf nationaler Ebene. Eine nationale Bologna-Task-Force mit Koordinierungs- und Monitoringfunktion soll eingesetzt und eine nationale Umsetzungskonferenz einberufen werden, um eine Strategie zur Verwirklichung der Ziele des Bologna-Prozesses zu entwickeln. Bis 2010 sollten Bachelor- und Masterstudiengänge flä-

chendeckend eingeführt, international anschlussfähig und auf dem Arbeitsmarkt akzeptiert sein. Die Doktorandenausbildung soll zu einer dritten Stufe im neuen Graduierungssystem weiterentwickelt werden. Und auch die nationale Studienförderung soll den Gegebenheiten des künftigen europäischen Hochschulraumes angepasst werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hält fest: Der Koordinations- und Kooperationsbedarf von Bund und Ländern in der Bildungs- und insbesondere der Hochschulpolitik in den kommenden Jahren ist enorm. Die Aufkündigung der Zusammenarbeit - wie insbesondere von den CDU-regierten Ländern avisiert - wäre genau das Gegenteil dessen, was bildungspolitisch jetzt geboten ist. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte: Der Bologna-Prozess liefert ihn.



Karikatur: Klaus Stüttmann,

Kontakt:

Bundestagsbüro Berlin
 Platz der Republik 1 (UdL 50)
 11011 Berlin
 Tel: 030 – 227 700 26
 Fax: 030 – 227 76 008
 Email: ulrich.kelber@bundestag.de
 Internet: www.kelber.de

SPD-Bürgerbüro Bonn
 Clemens-August-Str. 64
 53115 Bonn
 Tel: 0228 – 280 31 35
 Fax: 0228 – 280 31 36
 Email: ulrich.kelber@wk.bundestag.de